KFW-RESEARCH

Akzente

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON INSOLVENZEN

Nr. 5, September 2009

kfw BANKENGRUPPE

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion
KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Guido Polte

Dr. Margarita Tchouvakhina
Telefon 069 7431-8953

ISSN 1869-2583
Copyright Titelbild: KfW Bildarchiv /Angelika Kohlmeier
Frankfurt am Main, September 2009

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON INSOLVENZEN

Nur wenige Unternehmensschließungen sind Insolvenzen

Unternehmensinsolvenzen sind eine Teilmenge von Unternehmensschließungen (Marktaustritten). Im Gegensatz zur freiwilligen Aufgabe wird als Unternehmensinsolvenz eine drohende oder eingetretene Zahlungsunfähigkeit oder die Überschuldung eines Unternehmens[1] bezeichnet. Nur vergleichsweise wenige Unternehmen treten tatsächlich durch eine Insolvenz aus dem Markt aus. Die Schließung der weitaus meisten Firmen erfolgt als stille Liquidation: Unternehmer steigen wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes aus, ohne dass der Insolvenzfall eingetreten ist. Fehlende Nachfolge kann eine weitere Ursache sein. Im Jahr 2008 machten Unternehmensinsolvenzen nur einen Bruchteil (ca. 7 %) aller Liquidationen in Deutschland aus. Etwa 30.000 Unternehmensinsolvenzen standen damit rund 400.000 Liquidationen gegenüber.

Nur ca. 7 % aller Unternehmensliquidationen in 2008 sind Insolvenzen.

Mit einer Insolvenz muss nicht zwangsläufig eine Unternehmensaufgabe einhergehen. Die Reform des Insolvenzrechts im Jahr 1999 sollte die Sanierung von Unternehmen nach dem Vorbild des amerikanischen Chapter 11 erleichtern. Hierfür wurde *der Insolvenzplan* als Instrument eingeführt, der sich allerdings nur langsam etabliert: Erst bei rund 2 % der angeschlagenen Unternehmen kommt ein Sanierungsplan zum Tragen und bleibt damit weiterhin hinter dem Potenzial zurück. Insbesondere fehlen Insolvenzverwalter mit entsprechenden Erfahrungen und viele Firmen stellen den Insolvenzantrag zu spät, unter anderem aus Angst vor Rufschädigung und Vertrauensverlust.

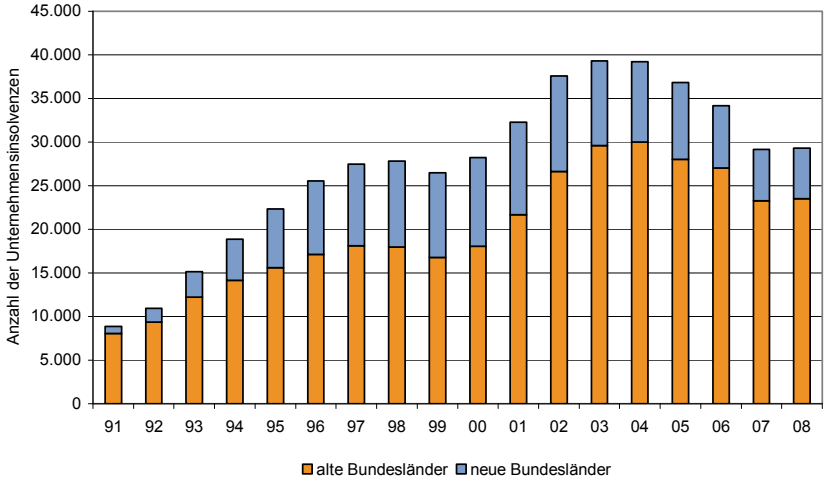
Der Insolvenzplan als Sanierungsinstrument etabliert sich nur langsam: Nur in 2 % der Fälle wird dieses Instrument eingesetzt.

Insolvenzentwicklung in Deutschland

Bis Anfang der 90er-Jahre spielten Insolvenzen eine eher unbedeutende Rolle. Seit der Wiedervereinigung haben die Unterneh-

[1] Seit Oktober 2008 wurde der Überschuldungsbegriff durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetzneu definiert. Wichtig ist die Änderung in § 19 Abs. 2 der Insolvenzordnung (InsO). Mit der bis zum 31. Dezember 2010 gültigen Fassung ist ein Überschuldungsstatus nicht zu erstellen (und damit kein Insolvenzantragsgrund aufgrund von Überschuldung gegeben), wenn die Fortführung des Unternehmens nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich ist. Mit dieser Auslegung bekommt die Fortführungsprognose eine ganz zentrale Relevanz.

menspleiten bis Mitte der 90er-Jahre erheblich zugenommen, wobei der Zuwachs in den neuen Bundesländern deutlich stärker ausfiel als in den alten. In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre verlangsamten sich die Zuwachsraten, 1999 waren Insolvenzen sogar rückläufig. Eine erneute Aufwärtsbewegung setzte von 2000 bis 2003 ein – in diesem Jahr wurde ein vorläufiger Rekord von 39.320 Unternehmensinsolvenzen erreicht. Seitdem ging die Anzahl von insolventen Firmen bis auf 29.160 im Jahr 2007 zurück, wo sie auch 2008 verharrte.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik 1: Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland seit 1990

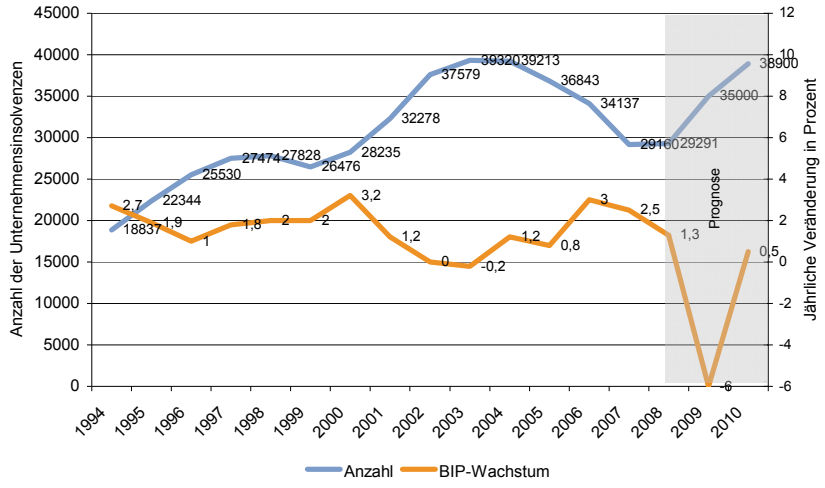
Im Vergleich zu den meisten westeuropäischen Ländern stiegen Unternehmensinsolvenzen in Deutschland – trotz der Krise – in 2008 noch nicht an.

Im Jahr 2009 beginnt sich die aktuelle Finanz- und Konjunkturkrise in Deutschland in einem erneuten Anstieg von Firmenpleiten zu manifestieren. In den meisten westeuropäischen Ländern war hingegen schon in 2008 eine stärkere Trendumkehr zu erkennen. In den EU-15 Staaten plus Norwegen und der Schweiz war ein durchschnittlicher Anstieg von knapp 11 % der Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Jedoch schwankte hier die Bandbreite auffällig. Wenige Länder, beispielsweise Irland mit einem Plus von etwa 120 %, Spanien (13 %) und Dänemark (54 %) verzeichneten schon 2008 eine sehr hohe Steigerung.

Volkswirtschaftlich gesehen, steigt die Häufigkeit von Insolvenzen in der Endphase einer Rezession und gilt deshalb als Spätindikator eines konjunkturellen Abschwungs. Eine Analyse der KfW Bankengruppe, die die Korrelation zwischen dem Wachstum des BIP und der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen unter-

sucht, bestätigt den Zusammenhang: Eine niedrigere Veränderungsrate des BIP bzw. der Industrieproduktion im vorangegangenen Quartal führt zu einer Zunahme der Insolvenzen. Ein kleiner "Zweitrundeneffekt" ist noch nach einem Jahr zu erkennen. Nach Creditreform und IfM Bonn sind Insolvenzen stark von der mangelnden Liquidität der Unternehmen bestimmt, was einen zeitlich engen Zusammenhang erklären würde. Allerdings wird die Insolvenzstatistik von anderen Einflüssen, wie der Insolvenzreform, verzerrt.

Insolvenzen sind Spätindikator eines konjunkturellen Abschwungs.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Euler Hermes Kreditversicherungs-AG

Grafik 2: Vergleich von BIP-Wachstum und Unternehmensinsolvenzen für Deutschland

Aktuelle Entwicklung und ökonomische Auswirkungen von Unternehmensinsolvenzen

Unternehmensschließungen und speziell Unternehmensinsolvenzen sind für eine Marktwirtschaft nichts Außergewöhnliches und gehören genauso wie Gründungen von neuen Unternehmen dazu. Sie sind sogar notwendig, damit eine Marktwirtschaft ihre hohe Effizienz erreicht. Allerdings besteht unter Ökonomen keine Einigkeit über die Bewertung der ökonomischen Folgen einer Insolvenz. Während die einen betonen, dass die infolge von Marktaustritten entstehenden Sozialkosten höher ausfallen als die positiven Effekte durch einen Erneuerungsprozess, sehen andere Wirtschaftswissenschaftler durch Marktaustritte bessere Chancen für Konkurrenten und Neugründungen. Da sich die eher langfristigen positiven Effekte durch Marktbereinigung nur schwer quantifizieren

lassen, wird im Folgenden nur auf einige der schätzbaren negativen Auswirkungen näher eingegangen.

Anstieg von Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 um 15 % - eine Viertelmillion der Arbeitsplätze (+ 54 % zum Vorjahreszeitraum) sind davon betroffen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist im ersten Halbjahr 2009 die Anzahl der Firmen, die einen Insolvenzantrag stellten, um 15 % auf 16.000 gestiegen. Nach Schätzungen von Creditreform waren mehr als eine Viertelmillion Arbeitnehmer (254.000) von der Insolvenz ihres Arbeitgebers oder von der Insolvenz ihres eigenen Unternehmens betroffen.[2] Gegenüber dem Vorjahr ist dieser Wert sehr stark, um 54,4 % angestiegen. Eine Reihe von Insolvenzanträgen sehr großer Traditionsfirmen (z. B. Arcandor) hat maßgeblich dazu beigetragen. Mit rund 20.000 bedrohten Arbeitsplätzen war auch die deutsche Autozulieferbranche trotz der Abwrackprämie überproportional betroffen. Im Vergleich zu den Jahren 2002–2004 wurden allerdings die Höchstwerte von jeweils 300.000 pro Halbjahr bedrohten Arbeitsplätzen im Jahr 2009 noch nicht erreicht.

Trotz der hohen Zahl der (potenziell) gefährdeten Arbeitsplätze ist der Beitrag von Insolvenzen zur Arbeitslosigkeit in der Regel vermutlich eher gering, u. a. weil Insolvenzen an sich einen geringen Anteil an allen Marktaustritten haben und zumindest ein Teil der betroffenen Arbeitnehmer in anderen Unternehmen eingestellt wird. Für das Jahr 2001 schätze die Bundesagentur für Arbeit den Zugang an Arbeitslosen aus Insolvenzfällen auf maximal rund 7–8 % an den gesamten Zugängen an Arbeitslosen aus der Beschäftigung.[3]

Für die Gläubiger verursachten Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2009 einen Schaden von geschätzten 20,8 Mrd. EUR.

Insolvenzen haben weitere ökonomische Auswirkungen. Gut lassen sich auch die Forderungsausfälle aus Insolvenzen schätzen, die zur Kapitalvernichtung führen. Creditreform prognostiziert die

---

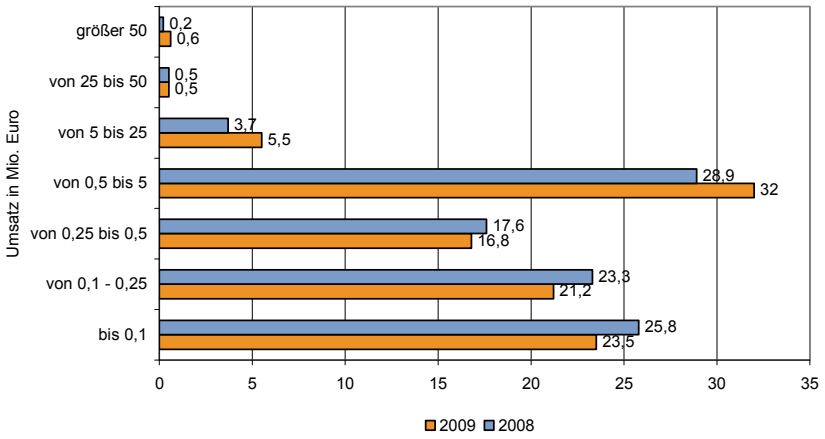
[2] Als Berechnungsgrundlage für durch die Insolvenz bedrohten Arbeitsplätze dient der Creditreform die Anzahl der in den Insolvenzanträgen gemeldeten Beschäftigten. Die fehlenden Angaben – nicht alle Insolvenzgerichte machen Angaben zur Beschäftigung – werden pauschal mit einem Anteil von 20 % dazugerechnet. Anschließend wird ein Anteil der Arbeitnehmer, die innerhalb eines Jahres vor der Insolvenz aus der Firma ausgeschieden sind, hinzuaddiert. Die Statistik wird außerdem um die Inhaber der Firmen sowie um andere Personen, die keinen Antrag auf Insolvenzgeld stellen können, aber direkt von der Insolvenz der Firma bedroht sind, ergänzt.

[3] Die Agentur für Arbeit setzt hierbei die 275.000 in 2001 bewilligten Anträge auf Insolvenzgeld in Verhältnis mit 3,5 Mio. Zugängen an Arbeitslosen aus der Beschäftigung. Vgl. Bellmann, L. und Kölling, A. (2002) IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 17. Insolvenzen – reinigende Kraft in der Krise oder Gefahr am Arbeitsmarkt?

Verluste und Schäden für private und öffentliche Gläubiger auf 20,8 Mrd. EUR im ersten Halbjahr 2009. Damit liegt der Schaden um 5,5 Mrd. EUR höher als im Vergleich zum Vorjahr.

Überproportionaler Anstieg von Insolvenzen bei Großunternehmen und dem Verarbeitenden Gewerbe

In den letzen Monaten wirkte sich die Krise insbesondere auf größere Firmen aus. Dementsprechend nahm der Anteil der mittleren und größeren Unternehmen an den insolventen Betrieben im ersten Halbjahr 2009 zu. Etwa 0,6 % der zahlungsunfähigen Betriebe erwirtschafteten mehr als 50 Mio. EUR Umsatz. Im Vorjahr lag der Wert bei nur 0,2 %. Trotz dieser Verschiebung zu größeren insolventen Unternehmen entfällt nach wie vor, wie Grafik 3 belegt, der weitaus größte Teil der Insolvenzen auf kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 500 TEUR.



Quelle: Creditreform

Grafik 3: Unternehmensinsolvenzen nach Umsatzgrößenklasse im 1. Halbjahr 2008 und 1. Halbjahr 2009 (Anteile in Prozent)

Verarbeitendes Gewerbe besonders stark betroffen: höherer Zuwachs an Insolvenzen in der stärker exportabhängigen, westdeutschen Industrie

Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe war bislang am heftigsten von der Krise betroffen. Entsprechend wuchs der Anteil dieser Branche an insolventen Betrieben um 31,4 % im ersten Halbjahr 2009. Westdeutschland (36 %) trug hier stärker zum Anstieg bei. Die ostdeutschen Firmen kamen aufgrund ihrer geringeren Exportorientierung deutlich glimpflicher davon. An zweiter und dritter Stelle folgten der Dienstleistungs- und der Handelssektor. Bisher stieg die Anzahl der Insolvenzen im Baugewerbe mit einem Plus von 7,6 % noch am geringsten. Infrastrukturförderung sowie

Maßnahmen für die energetischen Sanierung und den energiesparenden Neubau von Wohngebäuden konnten hier den Abschwung etwas abdämpfen.

Tabelle 1: Insolvenzen nach Branchen im 1. Halbjahr 2009

Branche	Anzahl	Anteil an den gesamten Insolvenzen (in Prozent)	Veränderung gegenüber dem Wert des 1. Halbjahrs 2008 (in Prozent)
Verarb. Gewerbe	**1.550**	**9,3**	**+ 31,4**
West	1.290	9,9	+ 35,8
Ost	260	7,3	+ 13,0
Bau	**2.680**	**16,1**	**+ 7,6**
West	1.920	14,7	+ 5,5
Ost	760	21,2	+ 13,4
Handel	**3.730**	**22,4**	**+ 8,1**
West	3.020	23,1	+ 7,5
Ost	710	19,8	+ 10,9
Dienstleistung	**8.690**	**52,2**	**+ 16,6**
West	6.840	52,3	+ 13,8
Ost	1.850	51,7	+ 28,5
Gesamt	**16.650**	**100,0**	**+ 14,3**
West	3.580	100,0	+ 12,8
Ost	13.070	100,0	+ 20,1

Quelle: Creditreform,

Ausblick auf 2009 und 2010

Weiterer Anstieg von Insolvenzen bis Ende 2009 mit einem Plus von 19,5 % und auch für 2010 (+11 %) zu erwarten.

Obwohl sich die Konjunkturerwartungen aufzuhellen beginnen, sind die Vorhersagen der weiteren globalen Wirtschaftsentwicklung noch äußerst unsicher. In Deutschland wird das BIP in 2009 um mindestens 5 % zurückgehen. Auch für 2010 ist lediglich mit einem schwach positiven Wirtschaftswachstum zu rechnen. Da Insolvenzen tendenziell mit Verzögerung auf die Wirtschaftentwicklung reagieren und Insolvenzwellen mehrjährig verlaufen können, ist über das Jahr 2009 hinaus mit steigenden Unternehmensinsolvenzen zu rechnen. Die Euler Hermes Kreditversicherungs-AG geht für 2009 von einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von 19,5 % aus (Stand Mai 2009). Für 2010 wird noch einmal ein kräftiger Zuwachs von 11,1 % erwartet. Mit den 38.900 geschätzten Unternehmensinsolvenzen für 2010 werden fast die Höchstwerte der Krisenjahre 2003 und 2004 vorhergesagt. Eine aktuelle Befragung von Insolvenzverwaltern bestätigt diese Prognose.[4] Fast zwei Drittel der befragten Insolvenzverwalter glaubt

[4] Wirtschaft Konkret, Ausgabe Nr.107 (Juni 2009). Insolvenzen in Zeiten der Finanzkrise, Euler Hermes Kreditversicherungs-AG in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Insolvenz und Sanierung an der Universität Mannheim (ZIS)

sogar, dass der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2003 im weiteren Verlauf noch überschritten wird. Als wichtige Ursachen für den Anstieg werden Auftragseinbruche, Dominoeffekte durch Insolvenzen von Auftraggebern und Lieferanten sowie Finanzierungsschwierigkeiten genannt.

Das KfW-Sonderprogramm trägt dazu bei, die angespannte Liquiditätslage vieler Unternehmen zu entlasten und Anstieg von Unternehmensinsolvenzen zu mindern.

Auch um an der letztgenannten Insolvenzursache für Insolvenzen anzusetzen, hat die KfW Bankengruppe im Rahmen des "Konjunkturpakets I" der Bundesregierung im Dezember 2008 das KfW-Sonderprogramm zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung und zur Förderung von Investitionen gestartet. Es wurde mit dem "Konjunkturpaket II" im März 2009 erweitert. Insgesamt wurde ein Finanzierungsnetz von bis zu 40 Mrd. EUR – davon 15 Mrd. EUR für kleine und mittlere Unternehmen – aufgespannt, um die Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln von Unternehmen in Zeiten der Krise sicherzustellen. Bis zum 31.08.2009 wurden im KfW-Sonderprogramm insgesamt 2,4 Mrd. EUR an Kreditvolumen ausgereicht und damit zur Sicherung von mehr als 300.000 Arbeitsplätzen beigetragen.